



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



„Neue Herausforderungen meistern!“

Moin!

REFORMEN VORANBRINGEN

SPD sorgt für Vernunft und Gerechtigkeit

Mindestlohn, Mietpreisbremse und Frauenquote in Aufsichtsräten: Das sind einige der bekanntesten bereits umgesetzten Reformen der SPD in der großen Koalition. Doch auch 2016 stehen wichtige Herausforderungen an:

Leiharbeit regulieren: Werkverträge und Zeitarbeit sind legitime sinnvolle Arten der Beschäftigung – aber es gibt schwarze Schafe, die dieses Instrument missbrauchen. Deswegen arbeitet Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles an einem Gesetzentwurf, der Betriebsräten ein Informationsrecht zu Werkverträgen garantiert – und Zeitarbeitern nach neun Monaten den gleichen Lohn wie Festangestellten und

nach achtzehn Monaten die Übernahme sichert.

Teilhabe sichern: Die SPD will die UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen und Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu soll die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ herausgelöst und stärker auf die Umstände des einzelnen Menschen zugeschnitten werden.

Mieter schützen: Auch nach dem Inkrafttreten von Mietpreisbremse und Bestellerprinzip tritt die SPD weiter dafür ein, bezahlbaren Wohnraum für alle konsequent sicherzustellen. Für uns ist klar: Wohnen darf kein Luxus sein.

Auch im Jahr 2016 bleibt die SPD und bleibe ich am Ball, um für mehr Gerechtigkeit und Fairness zu sorgen. Ob es sich um die Umsetzung von sinnvollen Änderungen handelt, die jetzt zum Jahreswechsel in Kraft getreten sind (S. 4) oder um nötige Reformen, die das Parlament 2016 umsetzen will – die SPD ist der Motor der großen Koalition.

Aus meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter weiß ich, dass ganz praktische Erfahrungen vor Ort zu besseren Regelungen für unsere Heimat führen.

Um auch weiterhin direkt Impulse aus der Kommunalpolitik mitnehmen zu können, stelle ich mich daher am 11. September der Kommunalwahl und unterstütze alle, die vor Ort politisch aktiv sind. Denn gemeinsam können wir viel bewegen – in der Heimat und auch in Berlin.

Ever 1015

KOWEL IST NICHT VERGESSEN

Dokumentarfilm zum Kriegsverbrechertribunal in Oldenburg von Werkstattfilm im Kinoladen

Im August 1965 begann vor dem Oldenburger Landgericht ein Mordprozess, der als das aufwändigste Verfahren der Oldenburger Justizgeschichte gilt. Zwei Männer standen damals vor Gericht, die angeklagt waren, während des Zweiten Weltkriegs in der ukrainischen Stadt Kowel an der Ermordung tausender jüdischer Menschen beteiligt gewesen zu sein: Erich Kassner (nach dem Krieg SPD-Fraktionsvorsitzender in Cloppenburg), als Gebietskommissar Chef der Zivilverwaltung, und der Polizeimeister Fritz Manthei. Der Prozess dauerte dreizehn Monate, Hunderte von Zeugen und Sachverständigen wurden gehört. Die lokale, nati-

onale und internationale Presse berichtete ebenso wie das Fernsehen, Oldenburger Schulklassen besuchten den Prozess. Doch nachdem im September 1966 das Urteil gesprochen war, geriet er fast vollständig in Vergessenheit. Jahrzehntlang wurden der Prozess und seine Hintergründe verdrängt, obwohl die kompletten Prozessakten öffentlich zugänglich waren.

Nach fast vierjähriger Recherche wird nun dieses vergessene Kapitel der nationalsozialistischen Massenverbrechen mit der neuen Filmproduktion „Wir glaubten, die Sonne geht nicht wieder auf“ wieder ins Bewusstsein gebracht.

Anhand von Zeitzeugeninterviews, Aufnahmen von Originalschauplätzen in der Ukraine und in Israel sowie nie zuvor öffentlich gezeigten historischen Materialien dokumentiert der Film eindrucksvoll das Geschehen in und um Kowel und den nachfolgenden Prozess in Oldenburg.

Zur Vorführung lade ich euch herzlich ein.

Regie: Farschid Ali Zahedi
Kamera: Daniel Schmidt, Farschid Ali Zahedi
Schnitt: Daniel Clören, Farschid Ali Zahedi
Eine Produktion von Werkstattfilm D/ISR/UKR 2015

FILMVORFÜHRUNG

Mittwoch, 10. Februar
19.00 Uhr

„ Wir glaubten, die Sonne geht nicht wieder auf“

- Der verdrängte und vergessene NS-Prozess -

Wo? Im KinOLaden
(Wallstraße 14, Oldenburg)

Karten:

Da das Kino nur über 43 Plätze verfügt, ist eine vorherige Anmeldung zwingend erforderlich. Die Karten werden in der Reihenfolge der Anmeldungen vergeben.

Bei Interesse wendet euch bitte an mein Wahlkreisbüro.

Die Karten sind kostenlos!

Tel: 0441-99867601

wahlkreis@dennis-rohde.de

Werkstattfilm präsentiert:

**„Wir glaubten,
die Sonne
geht nicht
wieder auf“**

**Der verdrängte
und vergessene
NS-Prozess**

Foto: Werkstattfilm





9. Dezember - Diskussion mit einer Berufsschulklasse von Bauzeichnern am Berufsbildungszentrum Technik und Gestaltung in Oldenburg.



9. Dezember - Zusammen mit Ulf Prange MdL und Jens Freymuth bei der Weihnachtsfeier des OV-OL Süd mit Ehrung von Elimar Christoffers.



10. Dezember - Unternehmensbesuch bei CEWE Color in Oldenburg und Gespräch mit dem Geschäftsführer Andreas Kluge.



13. Januar - Mit Schülern vom Herbartgymnasium Oldenburg diskutierte ich über die Flüchtlingsherausforderung und die Arbeitsabläufe in Berlin.

MIETERRECHTE STÄRKEN

Bundesregierung plant Neuregelungen für Wohnungsmarkt

Mietpreisbremse und Bestellerprinzip – das sind die bekannten Aushängeschilder der SPD-bestimmten Neuausrichtung im Mietrecht. Doch auch 2016 wollen wir die Mieterrechte weiter stärken. Dazu gehören folgende Gesichtspunkte:

Modernisierungumlage begrenzen: Wenn modernisiert wird, kann ein Anteil der Kosten auf die Miete aufgeschlagen werden. Unter Umständen führt das zu extremen Preissprüngen. Deswegen wollen wir die Modernisierungumlage von derzeit maximal 11% der Miete auf 8% senken – und auch eine absolute Obergrenze von 4 Euro/qm einführen.

Mietspiegel verbessern: Für den Durchblick auf dem Wohnungs-

markt sind verlässliche, fundierte Mietkriterien notwendig. Deswegen wollen wir bei Mietspiegeln den Bezugszeitraum der ortsüblichen Vergleichsmiete von vier auf acht Jahre erweitern und so auch ältere Mietverträge erfassen. Zudem wollen wir Qualitätskriterien für die Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln gesetzlich festlegen.

Relevante Wohnfläche: Bislang galten bei der vertraglich vereinbarten Wohnfläche Abweichungen von bis zu 10% als unerheblich. Unter Umständen

den bedeutete das, dass Miete und Betriebskosten für Wohnraum gezahlt wurden, der gar nicht existierte. Hier wollen wir die tatsächliche Wohnfläche als Grundlage festlegen und so auch gesetzlich fixieren, was eigentlich selbstverständlich ist.



Foto: Thomas Max Müller / pixelio.de

DER HAUSHALT 2016

Eckpunkte einer wertegeleiteten Ausgabenpolitik für das neue Jahr

Es geht uns mit diesem Haushalt um den Ausdruck von Werten, die unsere Gemeinschaft ausmachen. Dazu gehört der unentgeltliche Einsatz für andere. Deshalb geben wir zehn Mio. Euro mehr für die Koordination des ehrenamtlichen Engagements aus, zwei Mio. Euro zusätzlich an die Wohlfahrtsverbände und beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe haben wir uns gegen die CDU durchgesetzt und fünf Millionen Euro für neue Feuerwehrfahrzeuge aufgesattelt. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sorgen wir für mehr Personal, das THW erhält 130 zusätzliche Stellen, den Bundesfreiwilligendienst stärken wir mit 10.000 Stellen. Wir geben mehr Geld für die Bekämpfung von Fluchtursachen, zusätzliches Geld für Flüchtlingsberatung

und den Bundesfreiwilligendienst.

Und wir investieren in den sozialen Wohnungsbau, in die Entwicklung der ländlichen Räume, in die berufliche Wiedereingliederung langzeitarbeitsloser Menschen, in den Breitbandausbau und in die Kultur und wir entlasten die Kommunen und Länder beim Meistern ihrer Aufgaben in nie dagewesener Größenordnung. Das alles machen wir nicht nur, weil wir eine Situation vor uns haben, die es zu bewältigen gilt, sondern weil es unseren Werten und unserem Verständnis von Solidarität entspricht.

FÜR MEHR SICHERHEIT

Ausreichende Zahl an Polizisten muss gewährleistet werden

Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Ein Leben in Freiheit ist nur möglich, wenn alle sich im öffentlichen Raum ohne Angst bewegen können. Deswegen ist die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger eine grundlegende Aufgabe des Staates, für die auch die nötigen Mittel niemals fehlen dürfen.

Vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen müssen wir deswegen darüber sprechen, ob die Zahl der Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit sorgen, derzeit ausreicht, und gegebenenfalls auch für eine Aufstockung der Personalausstattung der Polizei sorgen.

Als Haushaltspolitiker werde ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen diesem Thema besondere Aufmerksamkeit widmen und darauf achten, dass nicht an falscher Stelle Ausgaben gescheut werden.



Foto: FotoHiero / pixelio.de

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Flucht und Migration

Wie eine menschliche Flüchtlingspolitik aussehen kann

Am Montag, den **18. Januar** von **19 bis 21 Uhr** moderiere ich eine Diskussionsveranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung im **ehemaligen Landtagsgebäude** zum Thema „Flucht und Migration“. Gäste auf dem Podium sind der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Niels Annen MdB, Elisabeth Braune von der FES, Frau Dr. Monika Ortman von der Uni Oldenburg und Oberst a.D. Hans-Joachim Schaprian.

Der Eintritt ist kostenlos - Anmeldungen sind kurzfristig noch möglich.

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

OLDENBURGER
Gespräche

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800
Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01
Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennis-rohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde